

# Der Landtag Schleswig-Holstein

*Regina Poersch · MdL  
Eutiner Straße 16 · 23701 Eutin*

*Abgeordnete*

*Regina Poersch (SPD)*

Eutin, 14. Juni 2010

## Pressemitteilung

### CDU soll der Zerschlagung der Sparkassen nicht zustimmen!

Die öffentlich-rechtlichen Sparkassen sollen nach dem Willen der CDU/FDP-Koalition privaten Gewinninteressen unterworfen werden – mit weit reichenden Folgen.

Darauf hat heute (14.6.) die SPD-Landtagsabgeordnete Regina Poersch gemeinsam mit Politikerinnen und Politikern der SPD Eutin und der SPD-Kreistagsfraktion Ostholstein in einer Flugblattaktion vor dem Hauptsitz der Sparkasse Holstein in Eutin aufmerksam gemacht. Mit von der Partie waren Mitglieder des Personalrates der Sparkasse Holstein mit ihrem Vorsitzenden Karl-Heinz Struck.

Hintergrund: Am Freitag dieser Woche werden CDU und FDP im Landtag die Änderung des Sparkassengesetzes und damit die Möglichkeit des Einstiegs privater Investoren beschließen. Die Sozialdemokraten warnen, dass in Folge einer Privatisierung die jährlichen Zuwendungen der Sparkasse für Kultur, Sport und soziale Einrichtungen sinken könnten, dass die Versorgung mittelständischer Unternehmen mit Krediten nicht mehr sichergestellt und das „Konto für jedermann“ gefährdet wäre.

„Die Privatisierung kann auch dazu führen, dass es in ländlichen und strukturschwachen Regionen keine flächendeckende geld- und kreditwirtschaftliche Versorgung mehr gibt, denn diese wird von unseren öffentlich-rechtlichen Sparkassen abgedeckt“, so Regina Poersch.

Die von der Regierungskoalition betriebene Änderung des Sparkassengesetzes sieht vor, dass die Sparkassen Stammkapital bilden sollen, von dem sie Anteile bis zur Höhe von 25,1 % verkaufen können. Potenzielle Käufer sollen andere öffentlich-rechtliche Sparkassen, deren kommunale Träger sowie vergleichbare Träger sein. „Insbesondere das zielt ganz klar auf die Hamburger Sparkasse (HaSpa), die in den Startlöchern steht, um bei schleswig-holsteinischen Sparkassen einzusteigen“, erläutert die Abgeordnete.

Doch der öffentlich-rechtliche Status der HaSpa wird von Vertretern der EU-Kommission angezweifelt. Deshalb wäre ein Einstieg der HaSpa eine Teilprivatisierung. Diese hätte zur Folge,

dass auch anderen (privaten) Investoren eine Beteiligung an schleswig-holsteinischen Sparkassen erlaubt werden müsste. Und: „Die Entscheidung für eine Teilprivatisierung ist nicht rückholbar, wenn der Präzedenzfall, auf den andere potentielle Investoren sich berufen können, eingetreten ist“, so Regina Poersch.

Es sei zudem mitnichten eine freiwillige Entscheidung der Sparkassen, wie die Regierungsfractionen glauben machen wollen. Denn die deutsche Bankenaufsicht (BaFin) kann durchaus verlangen, dass zur Kapitalerhöhung ein Dritter hereingenommen werde.

Die SPD-Abgeordnete richtet einen dringenden Appell an ihre ostholsteinische CDU-Kollegin und -kollegen, dem Gesetz am Freitag im Landtag nicht zuzustimmen. „Denn mit der geplanten Gesetzesänderung geht es nicht um das Wohl des Landes, sondern um die Profitinteressen privater Investoren, die unsere öffentlich-rechtlichen Sparkassen zerschlagen“, so Regina Poersch. Die SPD-Landtagsfraktion werde namentliche Abstimmung beantragen, dann müsse jedes Mitglied des Landtages Farbe bekennen.